

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung
auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen
u. Leistung v. Schadenersatz. Für unbest. u. d. Fern-
ruf überm. Anzeigen übernehmen wir keine Ver-
antwortung. Unverlangt eingesandte u. m. Rücksicht
nicht verleiht Manuskripte werd. nicht aufbewahrt.
Sprechstunde d. Redaktion 5 bis 8 Uhr nachmittags.
Hauptdruckerei: Dr. Joseph Albert, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Verlag: Sächsische Volkszeitung, Dresden-16, Postfach 46.
Telefon 2222. Vertriebsbüro Dresden 1477.
Postkonto: Postamt & Anstalt, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung,
Dresden-16, Postfach 46, Telefon 2222
und 3333.

**FÜR MITTEILUNG
GEEIGNETER ADRESSEN**

an die wir Probenummern
unserer Zeitung zwecks
Werbung versenden können,
**sind wir jederzeit
dankbar!**

Brief aus Jugoslawien

Belgrad, im Januar 1926.

Im Jahre 1914 hat die serbische Regierung mit Rom ein Konkordat geschlossen. Da aber der Weltkrieg ausgebrochen war, konnte es nicht durchgeführt werden. Der Ausgang des Weltkrieges hat in Jugoslawien eine wesentlich neue Lage geschaffen. Die Zahl der Katholiken stieg von 30 000 auf 4 500 000, was die Schaffung eines neuen Konkordates notwendig machte. Die diesbezüglichen Verhandlungen zwischen Rom und Belgrad werden schon seit vier Jahren geführt, ohne daß sie ein besonderes Resultat erzielt hätten. Der päpstliche Unterhändler ist Monsignore Borgogni, der sich nach einem Aufsatze des Regierungsorgans *Veceme* zur slawenfreundlichen Politik Rampolla's bekennt, dennoch aber bisher nichts erreichen konnte, da die serbische Regierung unerfüllbare Forderungen stellte. Schon der Umstand, daß der Vertreter der jugoslawischen Regierung, Dr. Vojta Jancic, ein griechisch-orthodoxer Priester ist, läßt darauf schließen, daß sie nicht geneigt ist, Rom wesentliche Konzessionen zu machen.

Die Schwierigkeiten, die bisher den Konkordatsverhandlungen im Wege standen, beziehen sich auf die Schulen, auf die Ernennung der Bischöfe und auf die Kirchensprache. Nach langen Verhandlungen ist es gelungen, in der Schlußfrage eine Verständigung herbeizuführen, indem man den diesbezüglichen Text des serbischen Konkordats von 1914 angenommen hat, welcher den staatlichen und den Schulinteressen entspricht. Hiernach wird in den Schulen der Religionsunterricht von jenen Priestern oder sonstigen Personen erteilt, die nach vorher stattgefundenem Verabredung mit den politischen Behörden als Religionslehrer angestellt werden. In bezug auf die Ernennung der Bischöfe forderte die jugoslawische Regierung anfangs freie Hand. Als sie aber erfuhr, daß der päpstliche Vertreter auf der Praxis verharre, wie sie sich auch in anderen Staaten herausgebildet hat, gab sie nach, und forderte nur, daß vor der Ernennung eines Bischofs die Staatsgewalt über den Bischofskandidaten vorher verständigt werde, damit diese nachprüfen könne, ob nicht gewisse politische oder sonstige Schwierigkeiten bestehen, welche die Ernennung des betreffenden Kandidaten für unerwünscht hinstellen.

In der Frage der Kirchensprache verharre die jugoslawische Regierung auf ihrem starren Standpunkte und gab nicht nach, obwohl Rom diesbezüglich in der Nachgiebigkeit vielleicht schon zu weit gegangen ist. So können z. B. die Begründungszeremonien schon jetzt in kirchlicher Sprache erfolgen. Auch die Lektoren und das Evangelium wird bei Festmessen schon slawisch gesungen. Die jugoslawische Regierung begnügt sich mit diesen Zugeständnissen nicht, und fordert die Einführung der slawischen Sprache als Kirchensprache auf der ganzen Linie. So weit wird Rom in der Nachgiebigkeit nicht gehen. Es kann sich hierin auf die Unterstützung der jugoslawischen Bischöfe verlassen. Eine Einführung der slawischen Sprache als Kirchensprache würde in dem sprachlich gemischten Lande zu den unmöglichsten Folgen führen. Die Deutschen und die Magyaren würden darin eine Verflämung der Kirche erblicken und mit ähnlicher Begründung die deutsche bzw. die magyarische Sprache als Kirchensprache fordern. Die Bischöfe haben in der Presse alle Zweideutigkeit ausschließend feststellen lassen, daß die serbische Regierung sich irren, wenn sie glaubt, Rom zu weiteren Konzessionen zwingen zu können. Die Folge der Stellungnahme der Bischöfe war, daß sie von Dr. Jancic im Samoupravca angegriffen wurde, daß sie die Stellungnahme der jugoslawischen Delegation erschweren und das Wasser auf die Mühle Roms treibe. Die Aeußerung Jancic's war dezent scharf gehalten, daß der päpstliche Nuntius Belegrietti deswegen im Ministerium des Aeußeren Vorstellungen zu erheben gezwungen war.

Noch im Herbst begab sich Monsignore Borgogni nach Rom, um über den Stand der Verhandlungen Bericht zu erstatten und um weitere Instruktionen einzuholen. Die Verhandlungen werden im Januar fortgesetzt. Radics, der bisherige Oppositionsführer und nunmehrige Kultusminister, will seit seiner Entlassung aus dem Kerker den Beweis erbringen, daß er die Sonderstellung der Kroaten aufgegeben habe und, obwohl ein Katholik, auch den Katholiken feindlich gesinnt sei. Er läßt keine Gelegenheit vorbegehen, um dem Klerus

Die Personenfragen

Gehler und Kaniz wollen zurücktreten — Verhandlungen über die Verteilung der Ministerien auf die Fraktionen

Berlin, 15. Januar.

(Drahtbericht unserer Berliner Vertretung)

Die Besprechungen des Reichszanlers mit den Fraktionsführern der Mittelparteien, die gestern abgebrochen worden sind, sind heute fortgesetzt worden. Vormittags empfing der Reichszanler Dr. Luther zunächst den Abg. Dr. Marx vom Zentrum und dann den Abgeordneten Dr. Koch. Um 12 Uhr findet eine Besprechung des Kanzlers mit den Führern der Mittelparteien ohne die Wirtschaftspartei statt. Gegenstand dieser Besprechung ist die Frage der Zahl der Sitze, die den einzelnen Fraktionen zugesprochen werden sollen und welche Persönlichkeiten dafür in Betracht kommen. Ein positives Ergebnis liegt zurzeit noch nicht vor. Die Verhandlungen sind auf gutem Wege, so daß irgendwelche Schwierigkeiten über Fragen des Regierungsprogramms wohl nicht mehr zu erwarten sind. Angekündet sind noch immer ein paar wichtige Personenfragen. Die schwierigste Frage dürfte die Besetzung des Reichsinne- und Ministeriums sein, auf das die Demokraten nicht verzichten wollen. Das Reichswehrministerium dürfte wahrscheinlich Dr. Luther selbst übernehmen. General von Seeckt denkt nicht im entferntesten daran, für den Ministerposten zu kandidieren. Für das Wirtschaftsministerium wird heute der Abgeordnete Fehr (Bayerischer Bauernbund) genannt.

Der Reichsminister für Ernährung und Wirtschaft Graf Kaniz hat heute nachstehendes Schreiben an den Reichszanler Dr. Luther gerichtet, in dem es heißt:

„Ich bitte Sie, von meiner Wiederberufung in ein neugebildetes Kabinett abzusehen, da einerseits die verantwortungsvolle Tätigkeit eines Leiters eines Wirtschaftsforschungsvereins in der schwersten Wirtschaftskrise unter den heutigen Verhältnissen eine besonders schnelle gesundheitliche Abnutzung mit sich bringt und sich für mich jedenfalls eine längere Erholungszeit erforderlich macht, und andererseits die außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse die Weiterführung eines Amtes durch eine frische ungebrauchte Kraft erfordert.“

In der gestrigen Besprechung zwischen Dr. Luther und den Fraktionsführern sind schon Personalfragen erörtert worden. Dabei kam der Wunsch der Parteien zum Ausdruck, daß die einzelnen Fraktionen möglichst durch führende Persönlichkeiten im neuen Kabinett vertreten sein möchten. Bisher ist eine Einigung in den Personalfragen noch nicht erzielt worden. Die Verhandlungen werden heute seit 12 Uhr mittags fortgesetzt. Man nimmt in Kreisen der Mitte an, daß bis Freitagabend oder spätestens aber zum Sonnabend sie zu einem Erfolge führen werden. Reichszanler Dr. Luther begab sich gestern um 7 Uhr abends zum Reichspräsidenten von Hindenburg, um ihm über den bisherigen Verlauf seiner Verhandlungen Bericht zu erstatten.

Die Meldung, daß wegen der Person des Reichsfinanzministers Dr. Gehler bei den Verhandlungen Meinungsverschiedenheiten entstanden seien, entspricht keineswegs den Tatsachen. Dr. Gehler hatte schon vor Verhandlungen der demokratischen Reichstagsfraktion mitgeteilt, daß er den dringenden Wunsch habe, von der schweren Bürde seines Amtes befreit zu werden. In gleicher Weise hat er sich jetzt auch dem Reichszanler Dr. Luther gegenüber geäußert. Ein Streit um seine Personlichkeit hat in keinem Stadium der jetzigen Verhandlungen stattgefunden. Wahrscheinlich wird noch ein letzter Versuch gemacht werden, um Gehler zum Verbleiben im Kabinett zu bewegen.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung brachte gestern abend ihre Haltung zu der Vertagung Luthers mit der Kabinettbildung in folgender Entschiedenheit zum Ausdruck: „Durchführung von der Notwendigkeit, möglichst bald wieder eine verantwortliche Regierung zu haben, widerspricht die Wirtschaftliche Vereinigung der Bildung des Kabinetts nicht. Sie ist aber nicht in der Lage, sich an diesem Kabinett zu beteiligen und wird ihm gegenüber in Sachlichkeit aber nicht grundsätzlicher Opposition stehen. Die Fraktion behält also völlige Unabhängigkeit für ihre Einstellung zu den jeweils auftretenden Fragen.“

Der Parliamentsausschuss der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist zum 18. Januar nach Berlin einberufen worden.

nicht eins am Zeug zu flicken. Dr. Korosec, den Führer der katholischen Volkspartei, nennt er folgerichtig nur „einen Pfaffen“, der mit Hilfe des Reichstribunals und seiner roten Winde am Bauch das slovenische Volk absichtlich in Dummheit halte. Dem Episkopat wirft er Ehrgeiz, Hunger nach Macht und reaktionäre Gesinnung vor. Der Papst stehe nach einer unlängst gemachten Aeußerung Radics' im Solde des italienischen Imperialismus. Er habe dem italienischen Imperialismus geholfen, Kroaten Krumm zu rauben. In der Politika schreibt Radics: „Die hierische Gefahr ist so groß, daß unser kroatisches Volk sich mit dem serbischen nie verschmelzen wird, solange sich Kroaten von Rom nicht befreie.“ Des weitern führt er dann aus, daß der Katholizismus eine Religion der Südländer, nicht aber der übrigen Völker sei. Eine jede andere Nation ist nur in dem Maße groß, in welchem sie sich eine eigene nationale Religion gegründet hat. Dies beweist England, Preußen, Rußland usw. (Die „Größe“ Preußens usw. ist uns ja allzu bekannt. D. Red.) Die Schlußfolgerung dieser hinkenden Betrachtung ist: auch die Kroaten müssen sich eine eigene nationale Religion gründen. Solange die Gegensätze zwischen der katholischen und griechisch-orientalischen Religion nicht ausgeglichen werden können, muß der kroatische Katholizismus mit allen Mitteln unterdrückt werden. Die Zukunft wird dann schon das Aussehen der Kroaten im Serbentum und in der griechisch-orientalischen Religion mit sich bringen.

So Radics, der katholische Kroat und jugoslawische Kultusminister. Inwiefern er unter dem Einfluß seiner atheletischen Krän, die eine geborene Tschudin ist, steht, läßt sich nicht feststellen. Da er ein glänzender Redner und oratorischer Kopf ist, und trotz seiner unerklärlichen politischen Umschwengung noch immer einen großen Anhang unter den Kroaten hat, rufen seine katholikenfeindlichen Angriffe große Verwirrung hervor. Viele, die ihm bisher durch Dick und Dünn gefolgt sind, machen nun auch seinen kulturkämpferischen Feldzug mit. Andererseits aber gibt es auch viele, die die Religion über den Nationalismus stellen, und ihm keine Folgschaft leisten. Die Volksversammlungen eröffnen er heute noch mit dem „Gelobt sei Jesus Christus“, aber auch das Volk beginnt schon wahrzunehmen, daß das nur Bauerntönererei sein will. Die Gläubigen beginnen sich um ihre Bischöfe zu scheren. Im letzten Hirtenbrief ruft der Episkopat die Katholiken zur gemeinsamen Abwehr gegen den ihnen aufgezwungenen Kulturkampf und teilt mit, daß demnächst ein katholisches Tagesblatt erscheinen und die slovenische katholische Volkspartei

ihre Tätigkeit auch in Kroatien beginnen werde. Dies ist teilweise schon eingetreten. Die katholische Volkspartei hat in Dalmatien bereits ihre Werbemöglichkeit bekommen, die bisher über alles Erwarten gut gelungen ist. Es ist Hoffnung vorhanden, daß ihre Propaganda auch in Kroatien, wo Radics vor fünf Jahren Populärheit großen Teils mit Hilfe des Klerus erworben hat, einen ähnlichen Erfolg haben wird. Gewiß ist die Lage der Katholiken schwer. Aber ein offener Kampf ist immer besser, als geheime Machinationen. Radics hat diesen Kampf angefangen. Ob er ihn bis zu Ende bestehen wird, ist sehr zweifelhaft. Er dürfte seinen Kopf am Widerstande der kroatischen Katholiken schließlich doch zerschellen.

jetz Agram, 14. Januar.

Der Streit wegen des St. Hieronymus-Institutes in Rom hatte sich bekanntlich bis zur Möglichkeit eines Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zwischen Belgrad und dem Vatikan verschärft. Der Vatikan nahm das Verwaltungsrecht über das Institut ganz für sich in Anspruch, während es Jugoslawien für sich haben wollte. Die jugoslawische Regierung war auch darüber besonders aufgebracht, daß die in Jugoslawien amtierenden römisch-katholischen Kirchenfürsten den Rechtsstandpunkt des Vatikan teilt, wodurch der Streit nur an Heftigkeit gewann. Nach der endgültigen Abschrift des jugoslawischen Gesandten Dr. Smolaha aus Rom ist nunmehr eine bedeutende Besserung eingetreten. Durch Vermittlung der italienischen Regierung wurden die Besprechungen zwischen Belgrad und Rom wieder aufgenommen und ein neuer Meinungsaustrausch einleitet. Nach einmonatigen Verhandlungen hat der Vatikan das ausschließliche Verwaltungsrecht der jugoslawischen Regierung in dem genannten Institut prinzipiell anerkannt. Dieser Tage werden die Einzelheiten des Abkommens festgestellt werden. Sodann wird die jugoslawische Regierung einen angesehenen Priester des Belgrader Erzbistums zum Rektor des Instituts ernennen. Ueber die Person wurde bereits eine Einigung erzielt. Das Bekanntwerden des Standpunktes des Vatikan hat in Jugoslawien in allen interessierten Kreisen den besten Eindruck hervorgerufen.

Noch wichtiger als die Beilegung dieses Konfliktes wegen des Instituts zum heil. Hieronymus ist die Nachricht, die heute offiziell bestätigt wird, daß die Konkordatsverhandlungen mit Jugoslawien in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden. Gesandter Dr. Smolaha wird nicht mehr nach Rom zurückkehren.

Neue Kämpfe in China

Paris, 15. Januar. Aus Peking wird der Welt mitgeteilt, dass General Pitschinglin den Vorschlag auf Trübsis angetreten hat. Es soll schon ein erbitterter Kampf stattgefunden haben.

Ausnahmezustand in Rumänien

Berlin, 15. Januar. Wie der Potsdamer Bericht, ist über sechs räumliche Bezirke der Ausnahmezustand verhängt worden, da sich in ihnen eine starke Agitation für die Zurückberufung des früheren Kronprinzen Karol bemerkbar machte.

Rücktritt des Wiener Kabinetts

Wien, 15. Januar. Das österreichische Kabinett ist gestern nach einem Ministerrat zurückgetreten. Der Bundeskanzler erklärte, daß die Regierung ihre Aufgabe, das Wiener Programm durchzuführen, beendet habe.

Nachricht des belgischen Kriegsministers

Paris, 15. Januar. Nach einer Brüsseler Meldung des „Temps“ ist der belgische Kriegsminister zurückgetreten. Premierminister Vandervelde wird bis zur Ernennung eines neuen Kriegsministers sein Amt wahrnehmen. Es scheint, daß man mit einer großen Kabinettsbildung rechnen muß, da auch der Innenminister auf Schwierigkeiten gestoßen ist.

Die Finanzen der Reichsbahn

Berlin, 15. Januar. Das Geschäftsjahr der Reichsbahngesellschaft und des Reparationsjahr, das am 31. August 1922 abgelaufen ist, abzuschneiden sich. Infolgedessen entfallen auf das erste Jahr der Reichsbahngesellschaft, das am 31. Dezember 1922 abgelaufen ist, noch die Kosten der ersten vier Monate des zweiten Reparationsjahres. Demnach hatte die Reichsbahn an Kosten aus Reparationen um 512 Millionen Reichsmark im Geschäftsjahr 1922 zu tragen. Die gesamte Reparationsbelastung für 1922 beträgt rund 690 Millionen Reichsmark.

Auf Grund der Steigerung der persönlichen Ausgaben, Gehaltserhöhungen, Sozialzuschläge und Lohnaufbesserungen sowie auf Grund der durch Veränderungen der lokalen Gesetzgebung sich ergebenden Mehrausgaben ergibt sich für dieses Konto eine Jahresmehrbelastung von rund insgesamt 260 Millionen. Die Steigerung der Pensionenlasten der Reichsbahn ergibt sich auf folgender Gegenüberstellung: Im Jahre 1913 betrug sie 114 Millionen, im Kalenderjahr 1922 398 Millionen. Auch auf dem Gebiete der Bauten und Beschaffungen ist eine große Reihe von Kostensteigerungen im Laufe des Geschäftsjahrs 1922 eingetreten, die gleichfalls für die Wirtschaft der Reichsbahn eine dauernde Verteuerung mit sich bringen. In den Forderungen, die eine Verminderung der bisherigen bevorzugten Stellung der Reichsbahngesellschaft in der Entschädigung von Steuern, Stempelgebühren, usw. herbeiführen sollen, bemerkt die Gesellschaft, daß hierdurch eine steigende Belastung von vielen Millionen sich ergeben werde. Die Deckung der Mehrlastung konnte im Geschäftsjahr 1922 dadurch abgedeckt werden, daß die Gesellschaft auf ihrer Passivseite eine sehr vorläufige Wirtschaft führte. An Unterhaltungs- und Erneuerungsbauarbeiten wurde nur das Notwendigste ausgeführt. Die Erneuerung des Oberbaus betrug z. B. im Vergleich 5 Prozent, jetzt 35 Prozent.

Nach Aufhebung der Maßnahmen, die eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens bedeuten, wird auf die allgemeine günstige Entwicklung des Verkehrs im letzten Jahre hingewiesen. Seit Anfang November aber führt die Reichsbahn in steigendem Maße ein Nachlassen der Beanspruchung im Personen- und Güterverkehr. Im November und Dezember fehlte gegenüber den erwarteten Bruttoleistungen täglich um ein bis zwei Millionen Reichsmark. Der vorliegende Bericht der Reichsbahn führt zum Schluss aus: Die Hoffnungen für eine weitere günstige Entwicklung sind gering. Es wird also die Frage der Deckung für alle Kosten, welche die Wirtschaft der Reichsbahn schon jetzt erleiden, nicht unerhebliche Schwierigkeiten machen.

Die Frage der Kurzarbeiterunterstützung

Neuregelung der Veteranenbeihilfe. Berlin, 15. Januar.

Im sozialistischen Ausschuss des Reichstages wurde bei Stimmabgabe der Deutschen Volkspartei ein von den Abgeordneten Schwärmer (D.D.P.), Teusch (Ztr.) und Pieper (Dem.) eingebrachter Antrag angenommen, der von der Regierung die schnelle Vorlage eines Gesetzes zur Regelung der Kurzarbeiterunterstützung verlangt. Die Weiterberatung wurde dann auf Freitagvormittag verlegt.

Nachdem die Veteranenbeihilfe auf 20 RM monatlich erhöht worden ist, hat sich, wie der preussische Minister des Innern in einem Rundbrief ausführt, der Reichsminister des Innern damit einverstanden erklärt, daß mit rückwirkender Kraft vom ersten Oktober v. J. ab der Unterschiedbetrag zwischen den Militärversorgungsbeträgen und der Veteranenbeihilfe allgemein dann bezahlt werden kann, wenn der Monatsbetrag der Militärversorgungsbeträge den Betrag der Veteranenbeihilfe um 20 RM nicht erreicht. Hierdurch wird ermöglicht, daß auch diejenigen ehemaligen Kriegsteilnehmer, die eine Militärrente von 12,70 RM und darüber beziehen und bisher von der Gewährung des Unterschiedbetrages zwischen dieser und der Veteranenbeihilfe ausgeschlossen waren, nunmehr die Veteranenbeihilfe im entsprechenden Teilbetrage erhalten können. So wird z. B. ein Veteran, dem eine Militärrente von 12,70 RM gezahlt wird, frühestens seit 1. Oktober v. J. ab noch eine Veteranenbeihilfe von 7,30 RM beziehen können. — Ferner wird beschließt, die sogenannte einmalige Teuerungszulage von 7,50 RM monatlich den Empfänger der Kriegsteilnehmerbeihilfe auch im Rechnungsjahre 1923 zahlen zu lassen.

Der Perlacher Mordprozess

Widerstrebende Aussagen der Zeugen. München, 15. Januar.

Am zweiten Verhandlungstag des Prozesses wegen der Ermordung der 12 Perlacher Arbeiter im Mai 1919 wurden zunächst sieben Zeugen der im April 1919 in Perlach stationierten Schutzpolizei vernommen. Die Beamten bekundeten durchaus, daß die Polizei sich in der Mordtat neutral verhalten habe und bei der Perlacher Arbeiterkämpfe auf heimliche Gehilfen stütze. Der Durchmarsch der Regierungstruppen durch Perlach sei ohne einen Schuß erfolgt.

Der Polizeivollzugsrat Pöhner, der dann vernommen wurde, bestätigte ebenfalls, daß beim Durchmarsch der Regierungstruppen durch Perlach kein Schuß gefallen sei, es hätten sich lediglich Notwehrschüsse ohne Gehör auf der Straße ereignet. Pöhner bestritt, der Reichswehr Kommando von Notwehrschüssen nachgeben zu haben. Weiter bekundete Pöhner, er sei auf einer Patrouille in der Umgebung von Perlach von Notwehrschüssen betroffen worden. Sein Bruder, Karl Pöhner, sei von den Notwehrschüssen verhaftet worden und nur mit Mühe entkommen.

Der nächste Zeuge, Sicherheitskommissar Böhm, erklärte, alle Erfassungen hätten der Sicherheitskommission angeteilt und seien sämtlich ohne Mord verlaufen. — Auch der nächste Zeuge, Polizeikommissar Stöckel, bestätigte die Erfassungen als nicht tödlich. Dagegen seien die Soldaten bei der Verhaftung sehr tödlich vorgegangen, der Offizier habe geäußert: „Ihr seid alle an der Wand.“

Wieder Ruhe in Rom

Wieviel Pilgerzüge und Pilger brachten anlässlich des Anno Santo die einzelnen Staaten nach der ewigen Stadt?

Rom, 14. Januar. Von unserem römischen Korrespondenten. Fürs erste ist in Rom nach dem ungeheuren Fremdenandrang wieder Ruhe eingetreten. Kein Gedränge mehr in den Geschäften, um Medaillen, Papstbilder, Andenken an das heilige Jahr zu erhalten. Keine Ueberfüllung mehr in den Speisewirtschaften, Kaffeehäusern, in den bescheidenen Osterien im Borgo oder im Pratierviertel. Keine ununterbrochene Kette von Autos und Droschken, vollbesetzt mit Pilgern und Prälaten. Auf dem herrlichen Petersplatz, dem Reiterwerk Bernini's, keine unendlichen Reihen von betenden Pilgern aus allen Nationen mehr mit leuchtendem Blick des Glaubens, mit den bunten Abzeichen im Knopfloch. Viele der wie Pilze aus der Erde entstandenen Gasthöfe, Pensionen und Speiseanstalten haben bereits ihre Tore geschlossen und sämtliches Inventar an die Reisbretenden versteigert. Auch im Vatikan herrscht wieder die frühere, vornehme Stille. Der heilige Vater, der die Strapazen des Anno Santo mit Leichtigkeit übermunden hat, empfing in der verfloßenen Woche zur Gratulationskur die Mitglieder des römischen Hochadels, deren Sprechwort Fürst Orsini war.

Die Pilgerbewegung nach Abschluß des Anno Santo bietet folgendes Bild: von Italien trafen 399 Sonderzüge mit 210 379 Pilgern in Rom ein, aus Deutschland 41 614 Pilger in 84 Zügen, aus Spanien 12 862 in

88 Zügen, aus Frankreich 80 mit 11 593, aus Großbritannien und Irland 18 Züge mit 6287 Pilgern, aus Jugoslawien 6 mit 4464. Dann folgen: die Schweiz mit 5323, Belgien mit 5285, Ungarn mit 4782, Polen mit 3207, die Tschechoslowakei mit 2854, die Vereinigten Staaten mit 2861, Oesterreich mit 2783, Portugal mit 2370, Malta mit 1210, Holland mit 1127 Pilgern. Weniger als tausend Personen kamen von Canada, Rumänien, Argentinien, Brasilien, Palästina, Tunis, Indien, Bulgarien, Mexiko, Chile und Uruguay. Weiterhin stellen sich 300 Personen an. Südamerika Südamerika entsandten viele Familien zur Gewinnung des Jubiläumsablasses. Im ganzen gibt das römische Zentralkomitee 358 804 Pilger aus 64 verschiedenen Nationen an. Von Deutschland war Preußen mit 60 Zügen und 9215 Pilgern vertreten. Bayern stand an der Spitze mit 9 608 Personen, dann folgten: Baden mit 1318, Württemberg mit 890 Hessen mit 799 Mann, die Sammelzüge brachten 7656 und von Einzelpilgern sprachen 12 200 beim deutschen Ausschuss vor. Auf die einzelnen Städte verteilt, entsandten: München 20 Züge, Köln deren elf, Berlin 8, Würzburg ebensoviel, Baden 4, Frankfurt a. M. 4, Düsseldorf 3, Essen, Breslau, Biala, Stuttgart, Freiburg, Mainz je zwei, Neuch, Koblenz, Fulda, Münster l. W., Braunschweig, Bielefeld, Tübingen, Bamberg, Regensburg, Augsburg, Kempten, Trier je einen Zug.

Die Forderungen der Fürsten

Die Auseinandersetzung in Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin, Waldeck, Braunschweig und Schaumburg-Lippe vor dem Rechtsausschuss — Wie sich die montenegrinische Kronprinzessin in Deutschland finanzierte

Berlin, 15. Januar. Der Rechtsausschuss des Reichstages legte gestern die Beratung der Urträge über die Abfindung der ehemals regierenden Fürstentümer fort. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde von kommunistischer Seite angefragt, was die Reichsregierung gegen die drohende ausländische Reichsgericht zugesprochenen Ländererben getan habe. Von Seiten der Reichsregierung wurde erklärt, die Landesregierungen seien in dieser Sache benachrichtigt worden. Ein direktes Eingreifen sei der Reichsregierung nicht möglich. Der Ausschuss unterbreitete daraufhin der Reichsregierung den Wunsch, sie solle Maßnahmen, welche Schritte die Landesregierungen tun sollen, um eine Befreiung der Ländererben zu verhindern.

Die Sprizaldebate wurde daraufhin fortgesetzt. Zunächst wurden die Verhältnisse in Anhalt beraten. Dem anhaltischen Herzogshaus sind 1917 17 600 Hektar Grundbesitz überlassen worden und dazu eine Geldabfindung von 6,5 Millionen Mark. Eine Aufwertung dieser Abfindung sei bisher nicht erfolgt, es schwebt noch eine Aufwertungsfrage wegen der 10 Millionen, die der Staat außerdem in die Verhörungsaffäre der ehemaligen herzoglich anhaltischen Hofbeamten gegeben hat. Dieser Prozess ist in erster Instanz zugunsten des Staates entschieden worden. — Die Vertreter von Anhalt und Braunschweig erklärten, ihre Regierungen sähen ebenso wie die holländische Regierung die Abfindungsfrage für ihr Land als erledigt an, würden aber im übrigen einer reichsgesetzlichen Regelung nicht widersprechen. — Auch in Oldenburg sind die 1921 getroffenen Vereinbarungen bisher nicht angefochten worden. Lediglich für einzelne Posten sind Aufwertungsansprüche gefordert worden, über die noch nicht entschieden ist.

In Mecklenburg-Schwerin ist 1919 dem Großherzog neben Schloß und Grundbesitz eine Abfindung von 6 Millionen bewilligt worden. Verschiedene Mitglieder der großherzoglichen Familie sind außerdem Pensionen bewilligt worden. Außerdem konnte nach dem Vertrag der Großherzog die Übernahme der in den Schloßern befindlichen Kunstgegenstände durch den Staat gegen eine Entschädigung von 3,5 Millionen Mark verlangen. Er hat davon Gebrauch gemacht und später die Aufwertung dieser Summe verlangt. Ein Schiedsgericht hat die Aufwertung auf 50 Prozent des Nennbetrages bewilligt. Der Staat hat das schiedsgerichtliche Verfahren in diesem Falle als unzulässig erklärt, doch wurde von den Richtern bisher zugunsten des Staates entschieden. — Abg. Neubauer (Komm.) stellte fest, daß durch den Schiedsgericht eine Summe von 706 000 Papiermark auf 389 000 Goldmark aufgewertet worden sei. Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) bezeichnete eine solche Aufwertung um tatsächlich 70 Prozent als ungeheuerlich, zumal der Betrag sofort zahlbar sein sollte.

In Oldenburg hat der frühere regierende Großherzog nur einige Schloßer erhalten. Aufwertungsansprüche sind nur für eine Schuld gestellt worden, die direkt mit der Abfindung nichts zu tun hat. — In Schaumburg-Lippe ist die Auseinandersetzung 1920 durch einen Teilungsvertrag erfolgt, der bisher noch nicht angefochten worden ist. Abg. von Althoffen (Dem.) bezeichnete es als wichtig, daß über diesen Fall nähere Auskunft gegeben werde. Der Fürst, der einer der reich-

sten Männer in Deutschland sei, lebe jetzt im Ausland. Er habe bei der Auseinandersetzung nicht nur sein gesamtes Hausvermögen behalten, sondern noch ein Fünftel der gesamten Domänen und fast die Hälfte aller Forsten des Landes erhalten. Abg. Everling (Dnat.) bemerkte dazu, die großen Besitzungen der Fürsten in Jugoslawien, in der Tschechoslowakei und in Ungarn seien größtenteils ohne nennenswerte Entschädigungen enteignet worden. Und das Kapitalvermögen habe auch unter der Inflation gestanden.

Am Schluß der Sitzung wurde dem Ausschuss der Abfindungsvertrag der von Württemberg, geschlossen worden ist, vorgelegt. Der Ausschuss beschloß, zur nächsten Sitzung Vertreter der Staatsregierungen von Württemberg, Preußen, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg und Schaumburg-Lippe zu laden.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Rosenfeld (Soz.) veröffentlicht in der Berliner Presse eine Zuschrift, die sich mit den Abfindungsansprüchen der Prinzessin Milica von Montenegro, die bekanntlich aus dem Herzogshaus Mecklenburg-Schwerin stammt, beschäftigt. Auf Grund der im Reichstag vorliegenden Urkunden stellt Rosenfeld fest, daß durch den 1921 von der Regierung des Freistaates Mecklenburg-Schwerin geschlossenen Abfindungsvertrag der Kronprinzessin Milica außer großen Vänderen ein restlicher Militäranpruch von 5 Millionen Mark, ferner 0,2 Millionen Mark wegen der ihr „infolge Waberechnung ihrer Interessen entstandenen Unkosten“ und schließlich 1 Million Mark, „weil sie sich im Ausland neu einzurichten muß“ zugesprochen worden sind. Trotz dieser noch nicht vollständig Abfindung hat die Kronprinzessin jetzt folgende weitere Forderungen eingeklagt: 1. Zum Ausgleich für angebliche Aufwertungsansprüche 1 Million Goldmark, 2. das Anerkennung der Haftung des Staates gegenüber 2 Marktreisen freier Grobherzöge, wie es in der Klageschrift heißt, „Ertrag der bisher in diesen Angelegenheiten entstandenen Unkosten unter Ermäßigung der Markierung der Rechtslage gegenüber der Gräfin Subna-Etze durch Erhebung einer Reststellungsfrage“.

Die „Vossische Zeitung“ berichtet aus Mecklenburg-Schwerin, daß dort eine Aufwertungsbewegung der unehelichen Kinder der großherzoglichen Hauses gegen den Staat im Gange ist. Man höre dort nach der 85 Prozentigen Aufwertung für den früheren Herzog auf ein günstiges Ergebnis. Vorläufig habe man die vom Staate zu zahlenden Ausgaben teilweise durch Streiterei der Staat zähle die Beträge um der üblichen Streiterei entlastet zu sein, an die Gerichtskasse. — Es liegt gewiß ein bezeichnendes Zeugnis darin, daß die Länder, die sich gegen die aufgelassen Fürstentümer zur Wehr setzen müssen: Mecklenburg-Schwerin und Thüringen ausgesprochene Rechtsregierungen haben.

Im Württembergischen Landtag hat die demokratische Fraktion eine Anfrage an die Regierung gerichtet, die Auskunft darüber verlangt, wie die Auseinandersetzung mit dem Hause Württemberg steht und welche Stellung das württembergische Staatsministerium zu einer möglichen reichsgerichtlichen Regelung der Fürstentümer einnimmt.

In Ulm hat eine große Kundgebung gegen die übertriebenen Ansprüche der Fürsten stattgefunden. Eine weitere Kundgebung wird in Mainz am kommenden Sonntag stattfinden.

Das Winterwetter

Rom, 15. Januar. In Norditalien dauern Frost und Schneefälle an. Aus Genua werden 13, aus Mailand 10 Grad Kälte gemeldet. In Florenz soll der Schnee gestern Abend 35 Zentimeter hoch gelegen haben. In Rom gestern warmer Regen.

Freiburg, 15. Januar. Der strenge Frost der letzten Tage hat seit gestern etwas nachgelassen. Heute nach begann es leicht zu schneien. Der ganze Schwarzwald und die Rheinebene haben eine Schneedecke, die in den Höhen über 1000 Meter durchschnittlich 75 Zentimeter beträgt, unter 1000 Meter bis in die Ebene hinein etwa 15 Zentimeter. Heute vormittag schneit es weiter.

Warschau, 15. Januar. Im Gebiete von Wilna ist unter dem Einfluß des starken Frostes eine wahre Wolkplage eingetreten. Fast täglich lausen Nachfröhen von Heberschneefällen von Wolfrudeln auf menschliche Siedlungen ein. Selbst in den Boxorten von Wilna sind schon Wölfe gesehen worden.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten für den 15. Januar abends bis 16. Januar abends: Wechselnd, vorwiegend stark bewölkt, vereinzelt Niederschläge. Temperatur um den Gefrierpunkt, schwankend. Flachland mäßige, Gebirge lebhaft südöstliche bis südwestliche Winde.

Kreuzzeitung — Deutsche Tageszeitung

Berlin, 14. Januar. In der gestrigen Generalversammlung der Kreuzzeitung-Aktiengesellschaft wurden die Differenzen mit der Firma Otto Stollberg durch einen Vergleich aus dem Wege geräumt. Es wurde ferner beschlossen, daß die Kreuzzeitung eine Interessengemeinschaft einzieht. Das Aktienpaket der Wallinteressen ist an die Deutsche Tageszeitung übergegangen. Die Selbstständigkeit der beiden Wälder bleibt bestehen.

Eine merkwürdige Weihnachtsbetrachtung

In Nummer 7 des Mitteilungsblattes für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Gau Ostfalen ist am 15. Dezember eine Weihnachtsbetrachtung erschienen, die mit den verheißungsvollen Worten beginnt: „Wenige Tage noch, und das angebotene Fest der Liebe ist gekommen.“

Erst viel später, als das Christentum die Oberhand über die Menschheit erlangte, verschwanden die Jussüste. An ihre Stelle trat die Kirche des heutigen Weihnachtsfestes mit seiner Musik von der Geburt des Menschheitsretters.

Der Aufsatz schließt mit dem Wunsche, daß an Stelle des Weihnachtsfestes das Fest der Winterjohannismesse, mit andern Worten, daß an Stelle eines christlichen Festes ein heidnisches trete.

Wenn die Redaktion des Mitteilungsblattes in diesem Jahrwörter fortzuführen gedenkt, so werden selbstverständlich ich und mit mir wohl der größte Teil der dem Reichsbanner angehörenden Katholiken und Protestanten die Konsequenzen ziehen, wenn das nicht schon bereits geschehen ist.

Die Ausführungen des „Mitteilungsblattes“ sind in der Tat ein sehr merkwürdiges Zeugnis für die kulturpolitische Reue, die sich das Reichsbanner zum Grundsatze gemacht hat.

Noch ein päpstlicher Erlaß über das Jubeljahr

Von unserem Sonderberichterstatter.

Rom, 12. Januar 1926.

Die päpstliche Bulle, die die geistlichen Wohltaten des Jubiläumjahres auf das Ausmaß ausdehnt, trägt das Datum vom 25. Dezember 1925 und ist im letzten Heft der Acta Apostolicae Sedis veröffentlicht worden.

1. Beichte und Kommunion (außer der jährlich vorgeschriebenen Osterbeichte und Kommunion. 2. Gebetsverrichtung nach den Intentionen des heiligen Vaters (Ausbreitung des Glaubens, Eintrag und Friede unter den Völkern, Regelung der heiligen Stätten in Palästina in einer den Rechten der Kirche entsprechenden Weise).

Den Wünschen ist ferner Rücksicht zu erweisen, die Zahl der Beichte zu verringern, wenn es sich um religiöse oder geistliche, von der kirchlichen Behörde approbierte Kollektiven handelt.

Tagesneuigkeiten

Ein mißlungener Hochflurterstreich

Frankfurt a. M., 15. Januar. Das Gelingen eines grandiosen Hochflurterstreichs ist hier in letzter Stunde vereitelt worden. In Wiesbaden hat ein Abenteurer namens Arthur Tesler eine Firma gegründet, die sich als Treuhänderin der englischen Vermögensbehörde ansah.

Tagung oder Auftakt?

„Die Bildungskrise und die deutschen Katholiken“ (Nach der Reichlinghäuser Akademikertagung)

Wir meinen, diese Reichlinghäuser Tagung war ein vorwärtswegendes Werk. Man braucht nicht bei einer Pauschalanerkennung stehen zu bleiben, wie es hier und da in der Presse geschieht; es läßt sich an einer Reihe konkreter Züge das im besten Sinne Aktuelle und Fortschrittliche dieser Tagung darstellen.

Aber auch die innere Lebenslinie der Tagung selbst, das in der Tagung eingedrungene Sehnen und Begehren nach Klärung und neuem Antrieb war außerordentlich echt, stark und merkwürdig brach sich einen folgerichtigen Weg.

Die in der Tagung eingedrungene Sehnen und Begehren nach Klärung und neuem Antrieb war außerordentlich echt, stark und merkwürdig brach sich einen folgerichtigen Weg. Es wird auch im Falle Reichlinghäuser wieder die Frage auftauchen: Was dabei praktisch herauskommt? Nun, die äußere Welt hat noch immer am Morgen nach Kongress kein anderes Gesicht gezeigt als das nähere des grauen Alltags und die gleichen „alten“ Verhältnisse.

Die bezügliche Einstellung entsprach den ganzen eindringlichen und einheitlich gerichteten Geistes der Tagung.

Trotzdem konnte Tesler noch auf einer späteren Konferenz die Reichsweite durchschlagen. In dem Originaltelegramm des zwei Kommendanten vermahnt, das ihn nach Köln betraf, das Telegramm hatte er an sich selbst abgelesen.

Eine große spirituelle Enttäuschung

284 spirituelle Medien, die sich bemüht haben, eine Prämie von 5000 Dollar zu gewinnen, haben bisher versagt. Es handelte sich darum, eine Botchaft aus dem Jenseits von einem Verstorbenen zu vermitteln, deren Erfüllung der Redaktion des „Scientific American“ obliegt.

15 Schiffe aus Eisland befreit

Schiffahrt, 15. Januar. Russische Eisbrecher konnten am Mittwoch von 15 im Finnischen Meerbusen eingeschlossenen Schiffen 15 befreien. Die übrigen fünf sind im Eis festgefahren und wurden zurückgelassen.

und Aussprache gar nicht lange mit den Symptomen, Angst und Ursachen der Bildungskrise aufhört, nach denen wohl doch noch zu forschen gewesen wäre. Denn hier sah und wühlte die Geist und die Bewußtseinsforderung, daß alles Praktische aus dem Grundsätzlichen von selbst folge, daß der Bildungserfolg am merkwürdigsten darstellend und vornehmend als katholischen Menschen hänge, daß katholisch gebildet sein voraussetze wünschliches Katholischsein.

„Bereitschaft für weiteres“ bedeutet aber auch, daß wir die Tagung als Auftakt zu folgen lassen, zumal angesichts der Tatsache, daß der von Reichlinghäuser und nach unrichtiger Stoffkreis vom katholischen deutschen Menschen infolge der Konzentration auf die grundsätzlichen Mite aus dem Blickfeld geriet; da gilt es, wieder einzuführen und nachzudenken.

*) Diese Beurteilung war abgeschlossen, bevor uns die Würdigungen von Spoel (R. P.) und Diehs (R. M. U.) zugehen; wir kommen auf sie noch zurück.

† Zwischen den Puffern zerplatzt. Ein gräßlicher Unfall ereignete sich Mittwoch auf dem Reichenberger Bahnhof. Der Postbeamte Josef Essenberg aus Reichenberger-Rathsdorf kam, als er einen Postwagen leeren wollte, zwischen die Puffer und wurde zerquetscht.

† In der Bademannen verbleibt. In eine Wanne mit heißem Wasser gefallen ist in Reichenberger-Rathsdorf das einjährige Kind des Monteurs Schreiber. Die Mutter war nur einen Augenblick aus Besorgung gegangen, als die Kleine in die eben mit heißem Wasser gefüllte Wanne fiel.

† Der Tod als Buchmacher. Das Schöffengericht Dresden verurteilte am Donnerstag gegen den im Ansehn der vierziger Jahre lebenden Berufsleser Karl Philipp, der beschuldigt wurde, in fünf einzelnen Hüllen Betten in Höhe von 10 bis 200 Mark angenommen, die Bettfedern aber unterlagerten zu haben.

† In geheimer Sitzung verurteilt das Dresdener Schöffengericht den Rangierer Bieligk wegen Mordtats zu 1½ Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrenrehabilitierung. Wegen Vergehens gegen Minderjährige wurde vom Schöffengericht der Schuldenheilige Felschauer zu neun Monaten Gefängnis und vom Landgericht der Händler Weigand gleichfalls zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

† Selbstmord eines Raubmörders. Der Wirtschaftsgeld Friedrich aus Tanna, der am Freitag den Bankvorsteher Haller in Gesellschaft ermordet und beraubt hat, ist Donnerstagmorgen in der Nähe von Tanna erschossen aufgefunden worden. Die geraubte Summe von 247 Mark wurde in einem Kesseltüchlein versteckt aufgefunden.

† Eröffnung des Sechstagesrennens in Berlin. Donnerstag begann im Berliner Sportpalast das 15. Berliner Sechstagesrennen, das durch zwei Vorrennen eingeleitet wurde. Die Fahrer des Sechstagesrennens sind pünktlich um 10 Uhr gestartet.

† Preisgeld erhält den Grillparzerpreis. Das Preisgericht hat den von Grlapitzer geschriebenen Preis dem Drama „Jura“ und „Karl“ von Johann Schöberl einstimmtlich überreicht.

† Preisgeld erhält den Grillparzerpreis. Das Preisgericht hat den von Grlapitzer geschriebenen Preis dem Drama „Jura“ und „Karl“ von Johann Schöberl einstimmtlich überreicht.

Nervöse Erzieher

Ein Wort an die Eltern.

Als ein erfreuliches Ergebnis der pädagogischen Arbeit der letzten Jahrzehnte kann man die Begeisterung des lange herrschenden Irrtums ansehen, daß an Erziehungsfragen nur der berufsmäßige Erzieher interessiert sei.

Ein alltägliches Erlebnis! — Auf einem öffentlichen Spielplatz der Großstadt, auf dem ich von einer Ruhebank aus das Spiel der Kinder beobachtete.

Anstatt sich von ruhiger Heberlegung beherrsicht zu lassen, treibt ihn Unruhe, ja Zorn, so daß jede Gleichmäßigkeit in der Behandlung des Kindes verschwindet.

Man kann behaupten, daß jede Erziehung gut ist, solange sie überhaupt feste Grundzüge hat und diese auch wirklich durchzusetzen weiß.

Das Rückenheften

Von Ferdinand Künzelmann

Frau Wiedenschnell ist eine Frau in den besten Jahren, die vor der Stadt ein hübsches Haus besitzt und eine Tochter hat, die auch nicht mehr ganz jung ist und von ihrer Mutter Lufalei genannt wird.

Nach vier Wochen oder vielmehr nach dem fünften Tee und dem dritten Nachtmahl, von denen trotz ihrer läppigen Wortstellung keines dem Vater aus der Fassung gebracht hatte.

Wir werden ganz unter uns sein, versprach das Billett. Als wir kamen, fanden wir einen festlich gedeckten Tisch mit Kuchen, Früchten, süßen Speisen, köstlichen Torten und Ledertorten unter strahlendem Kerzenglanz.

Am anderen Morgen, als ich in der Frühe eines grauen, abfchaulichen Regentages kaum die Nase vor die Türe streckte —

nichts Bezwingendes ausgeht und daß die Fülle fortwährend wiederholter Ermahnungen und Belehrungen, in denen sich ein derartiger Erzieher meist erschöpft, nur ein Zeichen seiner Ratlosigkeit und Schwäche ist.

Und wie ist dem nervösen Vater, der nervösen Mutter zu helfen? Die Antwort kann nur heißen: Selbstläuterung! Sich selbst zwingen! Der Gewinn ist ein doppelter!

Schließlich ein letzter Wink! Nur allzu oft sprechen wir davon, daß die Kinder uns „auf die Nerven fallen“. Ihren Atem und ihre Beweglichkeit emblemen wir als lästige Störung.

Was ist beim Lebensmitteleinkauf zu beachten?

Die Frage des vorteilhaften Einkaufs von Lebensmitteln ist für jede Hausfrau außerordentlich wichtig; daher sind einige kurze Ratseingabe gewiß am Platze.

Rohfleisch darf nicht zu jung sein. Zu junges Rohfleisch ist leicht kenntlich an der blassen Farbe, dem blutthaltigeren Rückenmark und mangelhaftem Fleischgeruch.

Fische gehen bekanntlich leicht in Fäulnis über; daher sind sie stets frisch einzukaufen und sofort zuzubereiten.

Eier haben in frischem Zustande eine schöne weiße oder bräunliche Farbe. Alte Eier legen grau oder grünlich aus. Eier kann man auf folgende Weise auf ihre Frische prüfen:

Milch ist ebenfalls an der Farbe kenntlich; gute, frische Milch muß gelblich scheinen. — Auch Butter soll schon gelb erscheinen und einen frischen Geruch haben.

Rundschau

— Ernährung heranwachsender Knaben. Es ist ein Fehler, wenn den heranwachsenden Söhnen aus Furcht vor dem Genuß des Blutmangels sogenannte Kraftnahrung an Fleisch und Bier geboten wird.

— Gibt es keine Puppenmütterchen mehr? In den Kreisen der Spielzeugfabrikanten stellte man fest, daß unsere kleinen Mädchen in ihrem Geschmack eine Wandlung durchgemacht.

— Frauen als Erfinderrinnen. Nach den Mitteilungen des Britischen Patentamtes sind im Laufe des Jahres 1925 von Erfindern beiderlei Geschlechts 35 000 Patente angemeldet worden.

— Die weibliche Dienstpflicht. Bulgarien hat nach dem Friedensschlusse an Stelle der männlichen Dienstpflicht eine zivile Arbeitspflicht eingeführt, die sich auf alle Männer vom 20. bis 40. Lebensjahr und auch auf Frauen und Mädchen vom 18. Jahr aufwärts erstreckt.

Praktische Winke

Entfernung von Blutflecken. Blutflecke entfernt man aus Wollwand sowie aus farbigen Baumwollenen und wollenen Stoffen mit kaltem Wasser, auch Seifenwasser.

Schwarze Glacehandschuhe aufzufrischen. Um schwarze abgetragene Glacehandschuhe aufzufrischen, vermischt man einen Tropfen guten Mandelöls mit sechs bis acht Tropfen roter schwarzer Tinte.

Um das Anlaufen von Schmirbeln und Wirtelkäfern zu verhüten, vermischt man Schmirbel mit etwas Petroleum. Eine Spur dieser Paste wird aufgetragen und das Glas mit einem weichen Lederlappen blank geputzt.

entschwandst... und der Peter meinte Stirnrunzeln, es hätte keinen Sinn, in der gleich von den Mädchen das Schicksal anzunehmen.

Dann kam der Sommer, und wir fuhren in die Berge. Die ersten Menschen, die uns dicht am Bahnhof begegneten, waren die Wiedenschnellschen Damen.

Bei Tisch erzählte der Amtschreiber, ein sehr schmeicheles Herr aus Berlin, daß der neue Jahmarst in der Anlage einlocht kloppt arbeitete, und daß ich ihn aufsuchen sollte.

Er sagte das sehr eindringlich, beinahe drohend. Ich hätte mich wahrscheinlich einer Gefesübertretung schuldig gemacht, wenn ich seinen Rat nicht befolgt hätte.

Ich ging also zum neuen Jahmarst. Auf seinem Diwan lag ein Rückenheften, das ich gut kannte — fallendes Herbstlaub. Aber die Einfassung fehlte immer noch.

Als ich's bewunderte, sagte der junge Doktor ganz stolz: „Ein Geschenk von meiner ersten hiesigen Patientin...“

„Ja, die Einfassung fehlt noch, ich weiß“, sagte ich. Und als er mich verwundert anschaute, fuhr ich ganz ruhig fort und sah dabei in die Ferne: „Aber wissen Sie, dieser abscheuliche Samt findet sich ganz sicher erst nach der Hochzeit.“

Er ließ seine Fänge fallen und sagte: „Aber ich bin ja längst verlobt.“

„Mit — ihr?“ fragte ich und zeigte nach dem Diwan.

„Nein, nein!“ rief er: „Das nicht.“

„Dann ist es ja gut“, sagte ich.

Er sah unglücklich von mir zu dem Kissen hinüber und von dem Kissen wieder zu mir.

Aber ich habe ihm nichts erzählt, denn ich sah nicht ein, warum ich ihn — er war ein ganz netter Mensch — um den hübschen Schluß einer lustigen Geschichte bringen sollte.

Rein sagen können

Wenn dich eine reizende Frau täglich telefonisch anruft: „Liebster Freund, ich weiß, auf Sie kann ich mich verlassen. Seien Sie also so freundlich und ...“, dann nimmst du bereitwillig einen zertrauenden und nerventötenden Auftrag an. Doch wenn du den Hörer aufgelegt hast, dann höhnst du: „Wie mir diese Frau auf die Nerven geht.“ — Reinst du, Ford oder Moran oder Rockefeller hätten solche Telefonverträge annehmen, solche Nachstellungen ertragen können, wenn sie auch mit solchen Nachrichten ihre Zeit vertreiben könnten? Du hast schon manchen Vorgesetzten als Schriftführer, als Kassier, als Verordnungsgeber, als Vorsitzender, als Präsident, und den einundzwanzigsten? Du nimmst ihn auch noch an? Mit Rücksicht und Dank, wenn auch mit innerem Seufzer. Muß das sein? Hast du dazu wirklich Herren und Zeit? Du meinst es gerade Situationen, in denen man nicht rein sagen könnte? Das ist ein verhängnisvolles Verstummen. Es gibt keine Rüge, keine Forderung, keine Schicksalsfügung, die dich ein Rein umhüllt macht. Von dieser Stunde ab wirst du deine Unabhängigkeit zurückgewinnen durch den Willen zum Rein.

Wenn ein Bubikopf mit blonden, braunen oder schwarzen Locken durch heftige Reden, durch geist- und witzloses Plaudern, durch heftiges Tändeln; wenn ein Dandy mit blasierter Färberei, mit modedournalistischem Geplänkel, die die schönste Zeit vergewaltigen, dir deine Stimmung vermißten will — sage nein; denn deine Zeit ist dafür zu kostbar. Wenn man dich für ein Kränzchen oder eine Ehrenheimorganisation, für ein Kränzchen oder einen Ehrenauschuss haben will — sage nein; denn du brauchst deine Unabhängigkeit. Wenn in einer Gesellschaft „der Engel durchs Zimmer geht“, weil der Unterhaltungstoff verfliehet ist, wenn das Rascheln und Taktchen, das Durchschlüpfen und Verleumdungen begleiten soll — sage nein; denn dein Wille zur Autonomie soll keinen Schaden nehmen. Bei jeder Ausschweifung, bei jeder Kraftvergebung, bei jeder Sinnlosigkeit — sage nein; denn du mußt dir Leib, Geist und Seele gesund erhalten, wenn du aufwärts und vorwärts willst.

Du kennst die Höflichkeit nicht verkehrt? Rein Freund, mache die selbst nicht kauen Zaubertüte vor. Zumeist ist's doch nur Eitelkeit und Schwäche, was dich am Reinlegen verhindert. Und wenn du schon einmal unhöflich scheinen mußt, man wird dir schließlich danken für deinen Mut zum Kampfe gegen den Herdennest, weil du dadurch einer Unmenge von Menschen Zeiterschonung und Geldverlust, Ärger, Beschämung und Vergiftung ihrer Gedanken- und Gefühlswelt erspart.

(Wie entnehmen diese beherzigenswerte Betrachtung dem Büchlein „Lebensweisheit“, das im Verlag Am Ramin, Bielefeld in Oldenburg, erschienen ist.)

Dresden

Ehne für die Bluttat auf der Vogelwiese

Dresden, 14. Januar.

Eine schwere Bluttat hatte sich im Vorjahre anlässlich der Dresdner Vogelwiese ereignet, wie feinerzeit auch berichtet worden ist. Im Baugewerbe Deutschlands gibt es unter den Maurern und Zimmerleuten neben den gewerkschaftlichen Organisationen sogenannte Sondergruppen, die im Volksmunde als „Kolondobröder“ oder „Hamburger“ bezeichnet werden. Mit der eingangs erwähnten Bluttat und insbesondere aber mit den Sondergruppen, mußte sich das Gemeinsame Schöffengericht zu Dresden am Mittwoch in einer bis in die Abendstunden währenden Sitzung befassen.

Am Abend des 7. Juli v. J. war das Gerücht entstanden, eine unbeliebte Gruppe der Hamburger seien mit dicken Knotenknäulen, Keulen und Werten usw. auf die Vogelwiese gezogen. Daraufhin eilten auch die anderen nach dem Festplatz und trafen dort auch kurz nach 11 Uhr abends mit der sogenannten Gruppe, die etwa dreißig Mann stark im Gämelmarkt herumzog, zusammen. Im Augenblick entstand eine große Schlägerei. Der an der Spitze marschierende Mitgeselle, der 27 Jahre alte, aus der Umgebung von Lenz stammende Zimmerer Erich Karpinski brach alsbald tödlich verletzt zusammen. Die Beteiligten flohen dann auseinander. Wer den Karpinski ins Herz getroffen, konnte bisher nicht ermittelt werden. Ermittelt wurden und verhaftet wurden die Zimmerer Reinhold Wilm Weiland, geboren 1901 zu Leipzig, und Johann Paul Schmidt, geboren 1897 zu Bauhen, sowie die Maurer Hermann Karl Heiß, geboren 1906 zu Raddeburg und August Wilhelm Jordan, geboren 1893 zu Hannover-Rosenthal, die sich wegen schwerer gemeinschaftlicher Körperverletzungen mit tödlichem Ausgang und Raubhandels zu verantworten hatten. Zu dieser Verhandlung waren über zwanzig Zeugen geladen. Dabei kam zur Sprache, daß am Tage zuvor bereits seitens einiger Burichen geküßert worden ist, es würden am Dienstag den folgenden 7. Juli sechs bis acht Mann ins Krankenhaus marschieren. Durch Zeugen wurde weiter unter Eid festgestellt, daß unmittelbar vor dieser Bluttat vier Burichen auf einem Bau in der Mittagspause große Rückenmesser geschliffen hatten, wozu zwei unter und neben der Leiche des erschlagenen Mitgesellen gefunden worden sind. Das Verdict verurteilte Heiß zu zwei Jahren, Weiland zu anderthalb Jahren, Schmidt zu sechs Monaten und Jordan zu nur zwei Monaten Gefängnis mit der Begründung, daß so sich hier um eine übelle Tat gehandelt hat, die leider nicht voll aufgeführt werden konnte.

Katholisches Kasino zu Dresden. Die diesjährige Hauptversammlung findet Sonntag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr nach vorhergehendem Abendessen statt. Die Mitglieder wollen zahlreich und pünktlich erscheinen. Das 55. Stiftungsfest am Sonntag, den 31. Januar, im Hotel Parkgarten bringt Konzert, künstlerische Darbietungen und Festball. Mitglieder und Angehörige nebst Gästen werden ersucht, diesen Tag dem Kasino zu sichern.

Der Vorsitzende der Reichspostversorgungsanstalt. Der Präsident der Oberpostdirektion Steyer Doh wurde zum Vorsitzenden der neu errichteten Versorgungsanstalt der Deutschen Reichspost, die ihren Sitz in Dresden hat, ernannt.

Neu-Ausstellung. Die 16. Allgemeine Ausstellung findet ab heute Freitag bis mit Sonntag im Städtischen Ausstellungspalast statt.

Neue Mitglieder des Landesgesundheitsamtes. Der zum Landesgesundheitsamte verordnete Regierungsmedizinalrat Dr. Endler und der Direktor der Städtischen Frauenklinik zu Dresden, Regierungsmedizinalrat Prof. Dr. Warknecht, sind zu ordentlichen Mitgliedern der I. Abteilung des Landesgesundheitsamtes ernannt worden.

Der musikfeindliche Stadtsäckel

Der Dresdner Rat hält die Musikinstrumentensteuer für vorläufig unentbehrlich. Die Stadtverordneten gegen diese Steuer

Dresden, 15. Januar.

Die Finanzlage Dresdens kam in einer der öffentlichen Stadtverordnetensitzung vorangehenden gemeinschaftlichen Sitzung der beiden städtischen Kollegien zu einer ausführlichen Erörterung.

Die Musikinstrumentensteuer

war der große Stein des Anstoßes. Durch einen offenen Brief an den Herrn Oberbürgermeister hatten viele Musikfreunde ihren Wünschen bereits Ausdruck verliehen. Man war sich auch im Stadtverordnetenkollegium von links bis rechts einig darüber, daß diese Steuer fallen müsse. Nur über den Zeitpunkt gab es geteilte Meinungen. Ein gewisser Einigungsausschuss legte einen Kompromißvorschlag vor; dieser sollte einmal der Finanzlage der Stadt Rechnung tragen, zugleich aber für die Steuerzahler eine Anzahl von Erleichterungen bringen. Die Steuer sollte danach nur noch bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1926/27, also bis zum Ablauf des jetzigen Finanzausgleiches zwischen Reich, Ländern und Gemeinden erhoben werden, weil erst dann den Gemeinden die Möglichkeit zurückgegeben werde, durch Zuschläge zur Einkommen- und Körperschaftsteuer Ersatz zu schaffen. Weiter sollten von der Steuer überhaupt befreit sein: das Reich, der Freistaat Sachsen, die Stadtgemeinde Dresden, Schulen, Kirchen, milde Stiftungen, Fabrikanten und Händler mit dem Verkauf oder zur Vermietung bestimmten Musikinstrumenten, endlich alle die, bei denen Befreiung von der Mietzinssteuer vorliegt, und diejenigen, die das Musikinstrument zur Ausübung ihres Berufes oder zur Fortbildung im Berufe brauchen.

Die Vertreter des Kompromisses führten zur Begründung die allgemeine Finanzlage der Stadt ins Feld, die keineswegs den Ausfall dieser Steuer zulasse. Stadtrat Dr. Redder war der Berichterstatter. Die Steuerreform von 1925 habe den Gemeinden das selbständige Zuschlagsrecht nicht gebracht. Im Gegenteil seien die Anteile der Gemeinden herabgesetzt worden. Nach den Grundfähen strenger Sparfrugalität werde schon gewirtschaftet. Erhöhte Kürzungen ständen bevor. Nach dem Stande vom 1. Dezember 1925 überstiegen die Ausgaben der Stadt die Einnahmen um 6 046 990,70 Mark. Von 31,7 Mill. Steuern im Voranschlag seien bis 1. Dezember nur etwa 20 Millionen Mark eingegangen. Auch die einseitigen Reinerträge städtischer Betriebe seien bisher fast ganz ausgefallen. Die Einnahmen hätten allgemein sinkende, die Ausgaben steigende Tendenz.

Trotz alledem, die Steuer fand bei der Mehrheit des Kollegiums weder Gegenseite noch Gnade. Kommunisten und Deutschnationale waren sich hierin einig. Die Steuer wurde als roh und kulturwidrig gekennzeichnet. Sie treffe z. B. das alte, fast wertlose Klavier ebenso wie das neueste Luxusinstrument. Nur Stv. Dr. Schulze (D. Sp.), obwohl auch Gegner dieser rohen Steuer, erklärte, auf die Brücke des Kompromisses treten zu wollen. Es wurde lange und zum Teil auch heftig geredet, länger jedenfalls, als es die 500 000 Mark, die man von der Steuer erwartet, im Verhältnis zum 150-Millionen-Etat der Stadt wert find. Oberbürger-

meister Blüher und Bürgermeister Dr. Külz stellten sich schließend vor die leeren Kassen der Stadt. Stv. Schurig (Komm.) gab dem neuen, aber die Situation beherrschenden Vorsteher eine Lektion im Roshauer Verkehrston. Das eine muß man aber doch anerkennen, verschiedene Projekte und Maßnahmen der Stadtverwaltung, die man in den letzten Jahren entfallen sah (vgl. die Radrennbahn auf der arg verdorbenen Stäbelallee), haben nicht verdient, von den Musikinstrumentenfreunden bezahlt zu werden. Die unterste Grenze für die Sparfrugalität ist zwar schwer bestimmbar, aber kaum schon erreicht.

Die Abstimmung erfolgte für Rat und Stadtverordnete getrennt. Von 71 Stadtverordneten stimmten 56 gegen das Kompromiß, nur 15 dafür. Der Rat stimmte gegen 4 Stimmen für den Einigungsvorschlag. Beiden Teilen steht nunmehr Verurteilung an der Gemeindekammer zu.

Nun erst begann die 2. Stadtverordnetensitzung mit einer beabsichtigten Tagesordnung von 83 Punkten. Glücklicherweise wurden 52 davon ohne Aussprache angenommen, darunter eine Vorlage über den Bau einer Straßenbahnwerkstatt und einer Bedürfnisanstalt für Frauen am Stäbelplatz. In letzter Zeit liefen Gerüchte über eine Einschränkung des Betriebes des Dresdner Telephonnetzes. Das Reichspostministerium hat diese Befürchtungen einer Verflechtung des Dresdner Telephonnetzes mit dem Reichspostnetz zurückgewiesen. Der Rat will mit Vertretern von Handel und Industrie nochmals im Reichspostministerium verhandeln. Die Straßenbahnverwaltung erklärt sich bereit, die Weichenstellung am Volkspark elektrisch einzurichten, den Bau einer Werkhalle am Wasserwerk Teichwitz nunmehr schleunigst durchzuführen. Eine Neuordnung der Kursfahrpläne wird abgelehnt. Die Beratung der Geschäftsordnung der Stadtverordneten wird abermals von der Tagesordnung abgelenkt.

Von allgemeinerem Interesse war die Frage der Einführung des Einklassensystems in den städtischen Krankenhäusern. Diese wurde vom Finanzausschuss erledigt abgelehnt. Die eigenen Vorschläge des Finanzausschusses aber wurden in einem Gutachten vorgelegt, das die Befreiung der bisherigen ersten Klassen in den Krankenhäusern vorsieht, allerdings mit gewissen Zugeständnissen für Petrankenke der leitenden Ärzte. Diese letzteren Zugeständnisse wollte ein kommunistisches Rinderheutegutachten restlos befehligen wissen, drang aber dann nicht durch. Das Gutachten wurde angenommen.

Eine Ratvorlage wollte den Anteil der Stadt an dem Stammkapital der Landesbedienstetengesellschaft „Sächsisches Heim“ von 3000 auf 100 000 Mark erhöhen. Der Verwaltungsausschuss schlug Ablehnung vor. Man solle die 87 000 Mark lieber unmittelbar dem allgemeinen städtischen Wohnungsbau zuführen. Nachdem jedoch Stv. Berndt (Dm.) die Mitwirkung der Landesbedienstetengesellschaft an der Entlastung des Dresdner Wohnungsmarktes betont hatte, wurde die Ratvorlage wiederhergestellt, das Gutachten abgelehnt.

Am Schluß kam ein kommunistischer Dringlichkeitsantrag zur Verhandlung, der dahin ging, einen Ratvertreter nach Berlin zum Reichsarbeitsminister zu entsenden, um die Zurücknahme der Richtlinien für Notstandsarbeiter zu fordern. Der Antrag geht an den Rechtsausschuss.

Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 11 1/2 Uhr, anschließend geheime Sitzung.

Leipzig

Beschlüsse der Stadtverordneten. Für Erwerblose, Kurzarbeiter, Rentner und Hinterbliebenen ermäßigt die Stadtverordneten weit über eine halbe Million Mark für Unterstufungsarbeiten. Der Zuschuß für das Diakonissenhaus in L. Bindenau wurde von 30 000 auf 45 000 Mark erhöht. Für Verbesserung an Schulgebäuden bewilligte man 448 300 Mark.

Kein Abspringen tödlich verunglückt. In der Flaggen-Straße geriet ein älterer Mann, als er von dem Vorderperon eines Wagens der Linie 2 während der Fahrt absprang, unter den Motorwagen. Die Vorderrollen gingen dem Bedauernswerten über Kopf und Weine. Der Körper des Unbefahrenen war so fest unter dem Wagen eingeklemmt, daß die Feuerwehr zur Hilfeleistung herbeigerufen werden mußte. Erst nach der Hebung des Wagens konnte der Verunglückte hervorgezogen werden. Der Tod muß sofort eingetreten sein, da ein Rad den Schädel gepalst hatte. Hilfsbereite Hände schafften den Toten, den 53jährigen Wärfenmacher Georg Kohl, Sebastian-Bach-Straße, in eine nahegelegene Villa. Es liegt eigenes Verschulden des Verunglückten vor.

Ein Kind verbrannt. In der Mathausstraße in Leipzig-Kleuditz ist am Dienstag wiederum ein Kind verbrannt. Die Mutter des Kindes war mit einer Untermieterin auf dem Boden des Hauses mit Aufhängen von Wäsche beschäftigt, als sie plötzlich in der Wohnung lautes Geschrei hörte. Beim Eintritt in die Wohnung fanden sie das 5jährige Kind mit lichterloh brennenden Kleidern, auch eine Gardine war in Brand geraten. Die Untersuchung hat ergeben, daß wahrscheinlich die Kleider des Kindes durch aus dem Dien springende Funken in Brand gesetzt worden sind; darauf ist das Kind in der Wohnkammer hin- und hergelaufen, wobei die Gardinen Feuer gefangen haben. Die erschreckte Mutter hat zwar ihrem Kinde sofort die Kleider vom Leibe gerissen, doch hatte das bedauernswerte Kind bereits so ausgebreitete Brandwunden erlitten, daß es im Kinderkrankenhaus Aufnahme finden mußte, wo es alsbald gestorben ist.

Im Verne verunglückt. In der Förberel und Gemilken Maschinenfabrik von J. Luckner in L. Wahren geriet am Donnerstagmorgen die Welle in einer Wälzmaschine durch Selbstentzündung in Brand. Ein an der Maschine beschäftigter Arbeiter erlitt hierbei Brandwunden am Kopf und an den Händen. Vom Personal konnte der kleine Brand sofort unterdrückt werden, so daß die herbeigerufene Feuerwehr nicht in Tätigkeit zu treten brauchte.

Der Stand der Arbeitslosigkeit. Die Kreisoberhauptmannschaft Leipzig hatte beim Eintritt in das Jahr 1925 eine Erwerbslosenzahl von 13 000; diese fiel bis zum 1. Juli auf 4600, stieg aber bereits bis 31. Oktober auf 10 000, war im November auf 17 500 und zu Ausgang des Jahres auf 39 300 gestiegen. Diese Zahl ist aber noch nicht die Hälfte von der Rekordzahl vom 1. Dezember 1923, die 87 500 betrug; und auch im Jahre 1924 waren als Höchstzahl 59 500 Volkserwerbslose zu verzeichnen. In der Kreisoberhauptmannschaft wurden im Jahre 1925 53 5 Reichs durchgeführt.

Hotel Fürstenhof - Leipzig
 Hotel der Leipzig besuchenden Katholiken
 Alle Zimmer mit Kalt- und Warmwasser
 30 Säder Preise mäßig Konferenzzimmer

Uns Sackien

11. Jan. 15. Januar. (Katastrophale Wirtschaftslage im Erzgebirge.) Wie den „Sach. N. N.“ aus Aue gemeldet wird, gestaltet sich die wirtschaftliche Lage immer schwieriger und doch ist man in unabweisbarer Weise der Ansicht, daß wir erst in der Entwicklung der Krise stehen. Die Zahl der fristlos gekündigten Arbeiter steigt täglich, ebenso wächst die Zahl der hungernden Arbeiter und der ganzlich Erwerbslosen. Geradezu trübselig sieht es nach Schwarzenberg zu aus. Beiersdorf, Bernsdorf, aber auch Elberfeld, Schönheide usw. sind Orte, in denen alle Arbeit ruht. Die Zahl der Erwerbslosen in Elberfeld wird auf 500 geschätzt, in Schönheide sogar auf 1200. In Aue wird in dieser Woche wieder ein großer Betrieb so gut wie still gelegt, desgleichen in Ruedersdorf. Vergessen trägt man sich, wohin das noch führen soll und wie das enden wird. Die Lage beginnt katastrophal zu werden.

12. Jan. 15. Januar. (Höhere Fachschule für Textilindustrie.) Das diesjährige Sommerhalbjahr der Höheren Fachschule für Textilindustrie beginnt am 12. April. Anmeldungen haben bis Sonntag den 12. März zu erfolgen.

13. Jan. 15. Januar. (Zugungsleistung.) Auf dem Bahnhofe Wittenberg am 15. d. M. wurden von einem Güterzuge drei Wagen, welche verladen waren, durch einen Unfallschaden in großem Maße durch Umleiten außer Acht gelassen werden.

14. Jan. 15. Januar. (Verunglückt und ertrunken.) Auf der Fahrt mit dem Rade zu seiner Arbeitsstelle fuhr der 21jährige Arbeiter Hübner aus Gersdorf auf einem unbefestigten Erdbanken auf, wobei er mit dem Rade die Böschung hinabstürzte. Er erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und blieb bewußtlos liegen. Da Hilfe nicht so leicht zu Stelle war, ist der Bedauernswerte infolge der Kälte ertrunken.

15. Jan. 15. Januar. (Sturz in den Mühlgraben.) Aus dem Mühlgraben Mühlgraben in benachbarten Gersdorf wurde der Handchuhfabrikant Hübsch gezogen. Da er wahrscheinlich schon mehrere Stunden im Wasser gelegen hat, nimmt man an, daß der alte, nervenschwach gewordene Mann beim Ueberqueren des Grabens in das Wasser stürzte.

16. Jan. 14. Januar. (Eingemeindung.) Der Bezirksausschuß stimmte der Eingemeindung von Niederfahna nach Meißel zu.

17. Jan. 15. Januar. (Auslösung des Todes in Gefängnis.) Die grausame Ermordung des Bankvorstehers Walter in Gefängnis hat, wie der „Sach. N. N.“ meldet, nunmehr ihre volle Klärung erfahren. Indem die von dem Mörder gezeichnete Geldsumme von 2471 Mark in einem der Angehörigen des der Tat verdächtige Beamten in einem der Angehörigen in Tanna gebildeten Schichten unter dem Aufschuß verzogen aufgefunden wurde. Friedrich Lehmann, nach dem tagelangen Streifen in der Umgebung des Tatortes angehalten wurde, wurde Donnerstag Vormittag von einem Landwirt aus Gersdorf in der Straße Tanna-Gersdorf mit einem Kopf- und Hackschloß tot aufgefunden. Die Gerichtskommission, die sich sofort an den Fundort begab, wird feststellen haben, ob Lehmann oder eine andere Todesursache vorliegt. Annehmbarerweise hat sich der rätselhafte Mörder, von Gemeindefunktion gepeiniget, selbst dem tödlichen Richter entzogen.

18. Jan. 15. Januar. (Vom Pferde erschossen.) Ein hier bediensteter Währiger Pferdewagen wurde beim Fahren mit einem Pferde an Kopf und Brust so schwer mit dem Hufe getroffen, daß er nach seiner Verletzung ins Krankenhaus den schweren Verletzungen erlegen ist.

19. Jan. 15. Jan. (Vom Ertrinken gerettet.) Vier sehr in liebenswürdiger Schusschüsse mit seinem Schilfen, aber den er die Gewalt verlieren hatte, in die Pichpau. Das Kind wurde etwa 100 Meter flussabwärts getrieben und ging dann unter. Den aus der Nachbarschaft herbeigeeilten Erwachsenen gelang es mit vieler Mühe, das Kind aus dem Wasser zu ziehen. Die Wiederbelebungsversuche hatten glücklicherweise Erfolg.

20. Jan. 14. Januar. (3000 Kammetzer Holz verschwinden.) Mit einer merkwürdigen Angelegenheit beschäftigten sich die Stadtratsmitglieder in ihrer ersten Sitzung des neuen Jahres. Nach einer Untersuchung hat sich herausgestellt, daß an den Beständen des städtischen Holzreviers nicht weniger als 3000 Kammetzer Holz fehlen, das ist mehr als ein Viertel der ganzen Vorräte. Diese Tatsache hat in der Bevölkerung zu allerhand wilden Gerüchten geführt, die sich in der Hauptstadt um die Person des Holzholzwachters Vogt drehen. Dieser ist plötzlich erkrankt und bis zur Stunde nicht mehr erwacht. Es ist das Untersuchungsverfahren gegen ihn nicht weitergeführt werden konnte. Vogt behauptete, das fehlende Holz sei im

Landtagsdebatte über das „Sächsische Volksopter“

Dresden, 15. Januar.

In der gestrigen Vollversammlung des sächsischen Landtages gab Landtagspräsident Winkler vor Eintritt in die Tagesordnung bekannt, daß voraussichtlich am 21. d. M. die Etatsrede des Finanzministers zu erwarten sei, während die Aussprache hierüber auf den 27. und 28. Januar angelegt werde.

Auf der Tagesordnung stand als 1. Punkt der sozialdemokratische Antrag betr. Ueberlassung von Schulräumen an Bildungs- und Jugendorganisationen der politischen Parteien, der durch den Abg. Weikel (Soz.) begründet wurde. Volksbildungsminister Dr. Kaiser erwiderte: Er sei grundsätzlich der Meinung, daß die Schulräume nur den Zwecken zu dienen hätten, für die sie bestimmt seien. Durch ihre Ueberlassung an Bildungs- und Jugendorganisationen könnten leicht politische Störungen eintreten. Es beständen auch materielle Bedenken, da die Gemeinden für die Instandsetzung und Ausschmückung der Schulräume verantwortlich seien. Er sei weiter der Meinung, daß die Politik von der Schule möglichst ferngehalten werden solle. Die Abgeordneten Stellmann (Soz.) und Bogt (D. P.) erklärten sich im wesentlichen mit den Ausführungen des Ministers einverstanden und lehnten den sozialdemokratischen Antrag ab. Abg. Oranz (Kom.) verlangte im Gegensatz hierzu die Ueberlassung der Schulräume auch für Vermählungen der politischen Parteien und der Arbeiterlosen. Der Antrag ging schließlich an den Rechtsausschuß.

Eine lange Auseinandersetzung entspann sich über den kommunistischen Antrag betr. Untersuchungen bei der Verwaltung des Sächsischen Volksopters und die sozialdemokratische Anfrage über den gleichen Gegenstand. Abg. Schminke (Kom.) begründete den Antrag, der die Aufhebung des Sächsischen Volksopters verlangt und die vorhandenen Gelder zu Wohlfahrtszwecken durch die Regierung verwendet werden soll. Abg. H. H. H. (Soz.) verlangte von der Regierung eine bundige

Erklärung, damit man klar erkenne, daß die damalige Regierung für die Schaffung des Volksopters nicht verantwortlich sei. Die Verantwortung habe damals lediglich beim Reichskommando gelegen. Namens der Regierung schilderte Ministerialrat Dr. Meiner die Entstehung des „Sächsischen Volksopters“ im November 1923. Die Regierung habe keinen Einfluß auf das Zustandekommen des Volksopters gehabt. Bei der Vereinigung der Sachsenhilfe (Zweig der Deutschen Reichshilfe) mit dem Volksopter im Frühjahr 1924 seien Ministerialrat Dr. Meiner und Ministerialrat Meier in die Verwaltung eingetreten, die natürlich nicht die Eignung der bereits ein halbes Jahr tätigen Mitglieder der Leitung hätten stellen können. Ob Spenden an politische Organisationen gegeben worden seien, müsse die noch schwebende kriminalpolitische Untersuchung ergeben. Eine Auflösung des Volksopters sei gesetzlich unmöglich, die Verteilung der Gelder werde von der Regierung überwacht. Die Redner der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei lehnten es ab, vor Abschluß des Verfahrens auf Einzelheiten einzugehen. Abg. Dr. Dehne (Dem.) wies darauf hin, daß er bei der sehr kurzen Zeit seiner Mitgliedschaft in der Verwaltung des Volksopters noch nicht einer einzigen Sitzung beigewohnt habe. — Der kommunistische Antrag wurde schließlich dem Rechtsausschuß überlassen.

Zum Schluß wurde eine kommunistische Anfrage behandelt, die sich mit einem angeblichen Liebergriff zweier Wachmeister in Meißen befaßt. Innenminister Müller erklärte, das Vergehen sei noch nicht abgeschlossen. Würden die Wachmeister für schuldig befunden, werde selbstverständlich Bestrafung erfolgen.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung, die am Dienstag den 19. Januar stattfindet, stehen die Rotationsordnungen über den Landesfinanzausgleich und die Anmeldebeiträge. Für den 21. Januar ist die Etatsrede des Finanzministers vorgesehen für den 27. und 28. Januar die Debatte über den Haushaltsplan.

Walde gestohlen worden. Es ist nicht, daß trotz dem bestehenden Verbot, Holz an Käufer abzugeben wurde, doch konnten Veruntreuungen und Unterschlagungen dabei nicht nachgewiesen werden.

Das Staatliche Flaurfarbenwerk. In der gestrigen von uns verbreiteten Information der „Zwickauer Zeitung“ über das Staatliche Flaurfarbenwerk infolge schwieriger telephonischer Verständigung ein Irrtum infolien unterlaufen, als nicht das Staatliche Flaurfarbenwerk, sondern das Metallwerk beim Staatlichen Flaurfarbenwerke am 31. Dezember vorigen Jahres 70 Arbeiter entlassen hat.

Aus der Lausitz

Bautzen. Das Herbergsbuch der Jugendherberge weist für 1925 einen Fremdenbesuch von 1805 Personen auf. Darunter waren allein aus Dresden 792. — Bautzen erhebt im neuen Staatshaushaltplan diesmal nur mit einer Forderung für die Einrichtung elektrischer Beleuchtung in der Gefangenenanstalt I (30 000 M.) und für den Bau eines Lagerzimmers für dieselbe Anstalt von ebenfalls 30 000 M. — Am Montag früh hat sich in der hiesigen Arbeiterkassenscheune der Obergelehrte Georg Burmann erschossen. Aufmerksamkeiten in der von ihm verwalteten Kasse, die er demnächst abzugeben hatte, dürften der Grund zur Tat sein.

Kamenz. Die Landstände spendeten dem Barmbergerscheitsfest anlässlich des 100jährigen Bestehens 300 M. Den gleichen Betrag stiftete der Bezirksverband der Amtshauptmannschaften Kamenz. Eine Reihe Kamenzener Geschäftsleute stifteten ebenfalls namhafte Beiträge. — Aus Liebesunterstützung warf sich der 17jährige Glasbläserlehrling Theodor vor den Zug. Es wurde ihm ein Arm abgefahren.

Chroschwitz. Verkürzte Arbeitszeit in auch in der Pianoerfabrik von August Kretzer in Chroschwitz eingestellt und zwar wird an 5 Arbeitstagen nur 7 Stunden und Sonnabends gar nicht gearbeitet.

Gröitzschau. Die hiesigen Jugendherberge war im vergangenen Jahre von 75 Parteien mit 944 Personen und 1243 Uebernachtungen besucht. Die Zahlen bedeuten eine doppelte und dreifache Steigerung gegen das Vorjahr.

Schnee. Um die Notlage der Arbeitslosen zu mildern, sollen sobald als möglich größere Notstandarbeiten in Angriff genommen werden, wozu voraussichtlich 100 000 M. erforderlich sind.

Niederfahnerdorf. Durch den Zusammenbruch einer hiesigen Firma ist die Girokasse in Mitleidenschaft gezogen worden. Da die Gemeinde dafür haftet, herrscht unter der Bevölkerung große Erregung.

Zittau. Beim städtischen Wohnungsamt wurden im Dezember neu gemeldet 25 Wohnungen, wovon 15 vermietet wurden. Zurzeit liegen 2002 unerbauete Wohnungsanträge vor.

Warnsdorf. Ein Opfer bebauerlicher Unachtsamkeit wurde das kleine 14 Monate alte Kind Walpurga Göhler. Durch Herabfallen eines Gefäßes mit kochender Milch erlitt es derartige Verbrühungen, daß es nach einer Woche großer Schmerzen starb.

Südwestsachsen

Hplau. Die 8 Mädchenklasse ist, weil die Hälfte der Kinder an Masern erkrankt ist, bis zum 16. Januar geschlossen worden.

Rehnsdorf. Das Ortsgesetz bestimmt bei der hiesigen Totenbestattung zu liefern: Sarg nebst Ausschlag (in lackierter Form), Leichenwädicke, Gebühren für die Beinhürgen, Leichenwagen, Träger, Grabanfertigung, Kufen des Grabes einschließlich Rosenbeschilderung, Reihnagelkosten.

Cositz. Das bürgerliche Präsidium der Stadtverordneten wurde nicht wieder gewählt. Der Vorsitzende ist Zappidialfabrikarbeiter Pittman (Komm.) der 1. Stellvertreter ein Sozialdemokrat, der 2. ein Kommunist.

Flauen. Der 6000. Wechsell hat am Mittwoch von der Romag nach Warklissa zur Vernehmung, wo schon mehrere Fälle gleicher Art in Betrieb stehen. — Im Proter fand eine Betriebsversammlung der Arbeiter der Romag statt. In der Hauptsache wurde in der von 600 Personen besuchten Versammlung über die Frage des Lohnabbaus, der von dieser Woche ab vorgenommen und 10—15 Prozent betragen soll, gesprochen. Es soll eine Urabstimmung vorgenommen werden, ob in den Streik eingetreten werden soll.

Verbau. Die Einwohnerzahl betrug am 31. Dezember 1925 21 268 Einwohner.

Zwickau. An der Deutschen Oberschule wird mit Genehmigung des Volksbildungsausschusses ein Schülerheim für 30 Schüler eingerichtet. — Der Haushaltsplan der Stadt schließt mit einem Fehlbetrag von über 2 Millionen Mark ab.

Die Goldwächer am Klondike

Roman aus der Zeit der großen Goldfunde in Kanada und Alaska. Von Emil Zrennow.

Copyright durch Wilhelm Goldmann, Verlag, Leipzig 1925. (8. Fortsetzung.)

Da waren ferner Geschäftsleute aller Art, bereit, irgendwelche Geschäfte, die ihnen gewinnbringend erscheinen würden, im Klondike-Distrikt zu betreiben. Abenteuerer, Spieler und Bettler, die sich überall dort zusammenfinden, wo Gold, Leichtsinn und Unersättlichkeit das Leben beherrschen. — Rechtsanwälte, denen der Streit um Erbschaft oder um sonstiges Eigentum, der unbedingt kommen mußte, eine reichliche Beschäftigung geben würde. — Ärzte mit wenig Wissenschaft und noch weniger Instrumenten, aber mit der Kunst, bei schweren Unfällen unter den oft erbärmlichen Verhältnissen das Richtige zu tun. — Geistliche ohne Gemeinde, die ihre Berufstätigkeit deshalb im Wanderbetrieb auszuüben gezwungen waren. — und vor allem die große Schaar jener, die, allen möglichen Vernunftentflammend, entschloffen waren, mit Hade und Schmeißen und Panne die Vergäler am Klondike und in Alaska zu durchstreifen und das gelbe Metall aus der Erde zu graben, das die Menschheit zu ihrem Gott gemacht hat.

Dem entsprach auch das Gepäck, das sie mit sich führten und das zumeist aus Kleiderläden, Proviant, allen möglichen Werkzeugen und Schritten bestand. Nebenbei waren aber auch eine Anzahl Hunde und Pferde in einem der unteren Vordersäume untergebracht, denn diese waren, wenn überhaupt in Juneau nur noch zu kaum erschwinglichen Preisen zu haben. —

An der Klinge lehnte ein junger Mann von etwa vier- undzwanzig oder fünfundzwanzig Jahren in der blauen Uniform des Schiffsführers, dessen Pflichten wohl augenblicklich keine sehr dringenden waren, denn seine Beschäftigung bestand nur darin, das Leben und Treiben an Deck und auf dem Wasser mit Interesse zu beobachten. Das Bild ließte ihn anscheinend so, daß er es gar nicht bemerkte, wie ein anderer Mann in der rauhen, deren Kleidung der meisten anderen Passagiere, der aber um ein halbes Duzend Jahre älter sein mochte, ihn schon seit einer Weile prüfend musterte. Erst als dieser an ihn herantrat und leicht seine Schulter berührte, blinnte er auf.

„Sind Sie es, Mister Fisher — oder nicht?“ „Sie auch hier, Mister —“ fragte der Steward abermals.

„Kane —“ fiel ihm der andere reich ins Wort. „Nennen Sie sich den Namen. Henry Kane, Abenteuerer und Spekulant, der jede geeignete Methode benutzen wird, um von dem Gelde, was da oben gefunden wird, möglichst viel in seine Taschen zu lenken.“

„Sie wollen also auch nach dem Klondike?“ fragte der Steward, den der andere Fisher genannt hatte.

„Was das ist, sammeln sich die Geier“, erklärte Kane, der ziemlich klein von Statur war und höchlich schlief. Ein aufmerksamer Beobachter hätte sich freilich durch diesen Eindruck der Schwächlichkeit nicht täuschen lassen und die athletische Kraft in dem mageren Körper erkannt.

„Oh, um Was wird's am Klondike nicht gehen“, lachte Fisher. „Dah Sie sich aber unter die Geier rechnen.“ „Die Geier sind sehr nützliche Tiere“, bemerkte Kane mit einem angenehmen lächelnden Ernst. „Sie haben die Aufgabe, das Was unerschädlich zu machen.“

„Eigentlich brauche ich mich gar nicht zu wundern, Sie hier zu finden“, versetzte Fisher, „denn ich weiß ja aus Erfahrung, daß Sie die Gewohnheit haben, zu den unwahrscheinlichsten Zeiten an den unwahrscheinlichsten Orten aufzutreten.“

„Ja, es ist ein eigen Ding um die Gewohnheit“, gab der andere zu. „Aber bis zu einem gewissen Grade gilt das wohl auch von Ihnen, denn ich erinnere mich, daß Sie schon zu recht unwahrscheinlichen Zeiten an recht unwahrscheinlichen Orten getroffen habe. Aber wie kommen Sie jetzt in diese Uniform? Gehen Sie für Ihre Zeitung nach dem Klondike?“

„Nein ganz“, erwiderte Fisher lachend. „Mich hatte das Goldfieber gepackt, wie andere auch. Es war schließlich kein Wunder, denn nachdem ich zu recht unwahrscheinlichen Zeiten an den unwahrscheinlichsten Orten, wie Sie richtig bemerkten, den Reutungen für meine Zeitung nachgelegt war, habe ich in der Schriftleitung noch die Berichte der Telegraphenagenturen aus dem Golddistrikt durchgesehen und für die Zeitung zu bearbeiten. Sie bekommen da ein Telegramm von zehn Worten und haben daraus tausend zu machen. Die schlafenden neunhundertneunzig haben Sie zu erraten, sich selbst aus- und Ihren Lesern vorzumalen. Dabei rannte mir meine Phantasie immer voraus, und wenn ich glaubte, daß ich meine Berichte vom Chefredakteur zurückhalten würde, weil ich zu sehr gelogen hatte, so fand ich am nächsten Tage immer, daß ich doch nicht genug gelogen hatte, um die Wahrheit einzuholen; denn die war mir immer noch um ein paar Verbelägen voraus. Schließlich machte ich dem Chefredakteur den Vorschlag, mich als Berichterstatter nach dem Klondike zu senden.“

„Und deshalb sind Sie hier?“ „Nein, was das betrifft, zunächst versuchte er mich davon zu überzeugen, daß ich an Größengewinn litt: denn das sei eine Aufgabe, wie man sie keinem deutschen Grühnhorn, wie ich eines sei, übertrage. Ich hatte mir aber die Sache durch den Kopf gehen lassen und mir gesagt, daß ich bei aller Mühe und bei allem Fleiß doch wohl mein Leben lang ein Journalist in untergeordneter Stellung bleiben würde, wenn es mir nicht gelänge, durch einen außerordentlichen Zufall meinen Namen vor das Publikum zu bringen. Die gute und fleißige Arbeit reicht dazu nicht aus. Man bezahlt stets den Namen. Nun, hier war die außerordentliche Gelegenheit. Wenn es mir nur gelang, nach dem Klondike zu kommen, so würde ich auf jeden Fall Gold finden. Viel Gold. Die Möglichkeit, einen Fund zu machen, bestand für mich wie für jeden anderen. Aber selbst wenn das auch nicht der Fall sein sollte, so würde ich Berichte an die Zeitungen senden und diese mit meinem Namen zeichnen. Das war auch Gold; denn meine Karriere war dann gemacht. Wenn das nun Größengewinn war, so werden Sie mir zugeben, daß wenigstens Methode darin lag, und nur der Ehrgeiz ohne Methode ist bedenklich. Das schien der Chefredakteur auch einzusehen, denn wenn er sich auch nicht dahin verließ, mich auf Kosten des Blattes als Berichterstatter nach dem Klondike zu senden, so erklärte er sich doch bereit, alle Berichte anzunehmen, die ich ihm senden würde, und gab mir ein paar hundert Dollars Vorläuf.“

„Die reichen aber nirgends hin“, versetzte Kane.

„Für einen Mann von Verstand — und ein gewisses Maß davon dürfen Sie bei einem Zeitungsreporter schon voraussetzen — reichen sie sehr weit.“

„Mr. Kane schüttelte zweifelnd den Kopf. „Sie brauchen doch schon allein ein paar hundert Dollars für Proviant. Am Klondike herrscht infolge des Aufbranges so vieler Menschen ein so großer Mangel an Nahrungsmitteln, daß man niemandem mehr hineinläßt, der nicht für ein Jahr Proviant mitbringt. Die Not würde sich sonst ins ungeheure steigern.“

„Weiß ich“, entgegnete Fisher, „und ich weiß auch noch einiges mehr. Ich habe nicht umsonst alle Berichte vom Klondike in die Hände bekommen. Die Folge davon ist, daß ich mich für vierzehn Tage reichlich mit Nahrungsmitteln versehen habe. — Sie brauchen mich gar nicht so ungläubig anzusehen, denn ich war eben im Begriff, hinzuzufügen, daß ich mit genügendem Proviant für ein Jahr im Dawson einzutreffen gedenke.“

„Wollen Sie in Juneau die ungeheuren Preise dafür bezahlen?“

(Fortsetzung folgt.)

